

Antwort
der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Rolf Schwanitz, Dr. Eberhard Brecht,
Markus Meckel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD**
— Drucksache 12/4886 —

**Einsatz der Bundesregierung in den östlichen Bundesländern sowie zur Tätigkeit
der Außenstellen der Bundesministerien in Berlin**

Seit mehr als zwei Jahren ist Deutschland wieder als Staat vereint. Die östlichen Bundesländer sind verfassungsrechtlich voll in die föderalistische Struktur der Bundesrepublik Deutschland einbezogen. Dennoch steht ihre vollständige wirtschaftliche und soziale Integration noch aus. Zur Herstellung gleichartiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland, wie sie durch das Grundgesetz gefordert werden, bedarf es daher weiterer Anpassungsmaßnahmen in den östlichen Bundesländern und des vollen Einsatzes aller politischen Kräfte, vor allem aber des vollen Einsatzes der Bundesregierung.

1. Welche Arbeitseinheiten in den einzelnen Bundesministerien sind mit Aufgaben betraut, die überwiegend die neuen Bundesländer einschließlich Berlin (Ost) betreffen?

In den einzelnen Bundesministerien sind folgende Organisationseinheiten mit Aufgaben betraut, die überwiegend die neuen Bundesländer einschließlich Berlin (Ost) betreffen:

Bundeskanzleramt

Gruppe 03:	Arbeitsstab Chef BK neue Länder
Referat 031:	Grundsatzfragen der inneren Einheit
Referat 032:	Verbindung zu den Mitgliedern des Deutschen Bundestages aus den neuen Ländern; Sonderaufgaben: Einzelfragen Aufbau Ost, ökologische Altlasten, spezielle Fragen des Mittelstandes

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 25. Juni 1993 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

- Gruppe 42: Wirtschaftspolitik, Bundesministerium für
Wirtschaft, Bundesministerium der Finan-
zen, Raumordnungs- und Baupolitik
- Referat 421: Grundsatzfragen, gesamtwirtschaftliche
Entwicklung
- Referat 422: Industrie; Energiepolitik, Treuhandanstalt,
Kabinettausschuß für Wirtschaft
- Referat 423: Wirtschaftsrecht und Wettbewerbspolitik,
offene Vermögensfragen in den neuen Län-
dern
- Referat 424: Bundesministerium für Raumordnung, Bau-
wesen und Städtebau, Mietrecht, regionale
Wirtschaftspolitik, Mittelstand
- Gruppe 44: Koordinierung neue Länder; Außenstelle
Berlin
- Referat 441: Allgemeine Fragen des Verhältnisses zu
den neuen Ländern
- Referat 442: Außenstelle Berlin

Auswärtiges Amt

Der Baufragte für den deutsch-sowjetischen Abzugsvertrag

- Referat 216: Außenpolitische Fragen der Durchführung
der abschließenden Regelung in bezug auf
Deutschland
- Arbeitsstab 505: Rechtsfragen im Gefolge der Vereinigung
Deutschlands
- Referat 50 A: Beauftragter für die Verhandlungen betref-
fend die Überleitung völkerrechtlicher Ver-
träge der DDR

Dienststelle Berlin

Bundesministerium des Innern (BMI)

- Referat G II 5: Deutschland- und Ostforschung; Dokumen-
tation der DDR-Realität
- Referat O I 5: Angelegenheiten des Bundesbeauftragten
für die Unterlagen des Staatssicherheits-
dienstes
- Referat O II 5: Bund-Länder-Clearingstelle für die Verwal-
tungshilfe (Geschäftsstelle)
- Referat O III 2: Arbeitsstab Berlin/Bonn (Geschäftsstelle) –
Organisatorische Maßnahmen –
- Referat K II 3: Denkmalschutz im Beitrittsgebiet
- Referat K II 4: Förderung der Einheit Deutschlands auf
kulturellem Gebiet
- Referat K II 5: Kulturelle Infrastruktur im Beitrittsgebiet
- Referat V II 5: Angelegenheiten der Unabhängigen Kom-
mission zur Überprüfung des Vermögens
der Parteien und Massenorganisationen der
DDR

Referat IS 2 b:	Ministerium für Staatssicherheit Vermögensabwicklung
Referat SM 3 b:	Förderung der Sportleistungszentren
Arbeitsgruppe B 1:	Kommunalvermögen, Humanitäre Hilfe (Abwicklung)
Referate B 2 und B 3:	Personelle Hilfe, Personalbörse, Beratung Neue Länder
Bundesakademie für öffentliche Verwaltung, insbesondere Lehrgruppe V:	Fortbildungshilfe für die neuen Bundesländer einschließlich kommunaler Bereich (Grundlehrgänge, Aufbaulehrgänge, fach- und funktionsbezogene Lehrgänge, Unterstützung beim Aufbau der landeseigenen Fortbildung)
Außenstelle Berlin:	Verwaltung von Liegenschaften einschließlich Munitionslagern im Beitrittsgebiet, Verwertung von Lagerbeständen, Entsorgung von Altlasten, Rentenüberführung, Kulturangelegenheiten im Beitrittsgebiet und in Berlin

Bundesministerium der Justiz

Abteilung I (Bürgerliches Recht)

Referat I B 4 a:	Einigungsbedingte Fragen des materiellen Sachenrechts und sonstiger dinglicher Rechte, Regelungen der Nutzungsverhältnisse aus Überlassungsverträgen
Referat I B 4 b:	Einigungsbedingte Fragen des formellen Sachenrechts; Investitionsvorrang bei Grundstücken
Referat I B 5:	Vorbereitung der einigungsbedingten Anpassung von Rechtsinstituten des Schuld- und Sachenrechts

Abteilung III (Handels- und Wirtschaftsrecht)

Referat III A 4:	Einigungsbedingte Fragen des Gesellschaftsrechts, Recht der Treuhandanstalt
Abteilung V:	(Bereinigung von DDR-Unrecht)
Referat V 1:	Allgemeine Regelungen, Grundsatzfragen, Koordinierung
Referat V 2:	Berufliche Rehabilitierung
Referat V 3:	Verwaltungsrechtliche Rehabilitierung
Referat V 4:	Strafrechtliche Rehabilitierung
Referat V 5:	Gesetz zur Regelung der offenen Vermögensfragen und Folgeregelungen
Referat V 6:	Recht der offenen Vermögensfragen; Fragen der Durchführung, Auslandsanmeldungen, Regelung von Auslandsansprüchen

Außenstelle Berlin

- Referat R Berlin: Dokumentation und Auswertung des Rechts der ehemaligen DDR, Stellungnahmen zu Gesetzgebungsvorhaben mit Bezug zu den neuen Ländern bzw. zum Recht der ehemaligen DDR, Rechtspflege-Statistiken der neuen Länder, Dokumentation der Entwicklung der Gerichtsorganisation in den neuen Ländern
- Referat I A Berlin: Über- und Endbeglaubigungen von Urkunden aus den neuen Ländern, Stellungnahmen zu Gesetzgebungsvorhaben mit Bezug zu den neuen Ländern bzw. zum Recht der ehemaligen DDR
- Referat I B Berlin: Vorbereitung gesetzgeberischer Maßnahmen zur Überleitung der Nutzungsrechte, Stellungnahmen zu Gesetzgebungsvorhaben mit Bezug zu den neuen Ländern bzw. zum Recht der ehemaligen DDR
- Referat II Berlin: Strafrecht: Aufbau der Bewährungs- und Straffälligenhilfe im Beitrittsgebiet, Täter-Opfer-Ausgleich im Beitrittsgebiet, Stellungnahmen zu Gesetzgebungsvorhaben mit Bezug zu den neuen Ländern bzw. zum Recht der ehemaligen DDR
- Referat V A Berlin: Rehabilitierung; Offene Vermögensfragen
- Referat V B Berlin: Verwaltungs- und Zivilrecht der ehemaligen DDR mit Bezug zum Aufgabenbereich der Abteilung V

Bundesministerium der Finanzen (BMF)

- Referat II B 7: Haushalts- und Finanzierungsfragen in Berlin und im Raum Bonn, Kapitel 25 04 und 60 05: Koordinierung im BMF für Arbeitsstab Berlin/Bonn und Föderalismuskommission
- Referat V A 4: Rechtsfragen der deutschen Einigung und bundesstaatlicher Finanzausgleich
- Referat V B 6: Regelung offener Vermögensfragen
- Referat V B 7: Ausgleichsregelung für Enteignungsmaßnahmen in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone auf besatzungsrechtlicher oder besatzungshoheitlicher Grundlage
- Referat V B 8: Forderungen der ehem. DDR, Entschädigungsfonds
- Referat VI A 2: Grundsätze der Artikel 21 und 22 des Einigungsvertrages einschließlich der Verwertung des Finanzvermögens, Vermögenszuordnung
- Referat VI A 3: Liegenschaftsangelegenheiten im Bereich der Oberfinanzdirektion (OFD) Berlin und

	des Bundesvermögensamtes Bonn, Beschaffung von Liegenschaften zur Unterbringung von Bundesdienststellen
Referat VI A 4:	Truppschäden, Besetzungsschäden, Abkommen Verteidigungslastenverwaltung
Referat VI A 5:	Forst- und Landwirtschaft auf Bundesliegenschaften, forst- und landwirtschaftliche Wertermittlungen
Referat VI B 3:	Liegenschaftsangelegenheiten im Bereich der OFDen Hamburg, Kiel, Magdeburg und Rostock, allgemeine Liegenschaftsfragen des Aufenthalts und Abzugs der russischen Truppen
Referat VI B 4:	Liegenschaftsangelegenheiten im Bereich der OFD Cottbus
Referat VII A 3:	Kreditabwicklungsfonds
Referat VII A 5:	Ausgleichsfonds Währungsumstellung, Münzwesen, Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder, Außenwirtschaftsüberwachung (Kapitalverkehr)
Abteilung V III:	Bundesbeteiligungen, Treuhandanstalt (THA)
Unterabt. V III A:	Privatisierungs- und Beteiligungspolitik
Referat VIII A 1:	Grundsatzfragen der Privatisierungs- und Beteiligungspolitik, Deutsche Bundesstiftung Umwelt
Referat VIII A 2:	Reprivatisierung von Unternehmen, Niederlassungen, Bereich THA: Elektrotechnik/Elektronik, Dienstleistungen Holz/Papier
Referat VIII A 3:	Unternehmens- und Sanierungskonzepte, Bereich THA: Maschinenbau
Referat VIII A 4:	Finanzen THA, Rechnungslegung, Altkredite, Bereich THA: Nahrungs- und Genußmittel
Referat VIII A 5:	Informationsaufgaben, Außenstelle Berlin, Bereich THA: Chemie, Eisen/Stahlerzeugung, NE-Metalle
Unterabt. V III B:	Rechtsangelegenheiten, Sanierung, Abwicklung, Sondervermögen
Referat VIII B 1:	Rechtliche Grundsatzfragen, Generalreferat THA, Beteiligung an Treuarbeit
Referat VIII B 2:	Abwicklung, EG- und Steuerrecht, Bereich THA: Fahrzeugbau, Küstenindustrie, Verkehr, Textil/Bekleidung/Leder
Referat VIII B 3:	Sondervermögen, Land- und Forstwirtschaft, Kommunalvermögen/Wasserwirtschaft
Referat VIII B 4:	Bereich THA: Immobilien, Bauindustrie, Beteiligungen Industrieverwaltungsgesellschaft u. a.

Referat VIII B 5:	Bereich THA: Energiewirtschaft, Kali- und Erzbergbau/Steine/Erden, Umwelt, Beteiligungen Saarbergwerke u. a.
Außenstelle Berlin	(mit 20 Arbeitseinheiten) Zuständig für Personal/Organisation, Innerer Dienst, Presse-/Öffentlichkeitsarbeit, Haushaltsangelegenheiten (Grundsatzfragen der Finanzpolitik, finanzpolitische Fragen einzelner Bereiche, Einzelplan 60, Auswertung von Rechnungsunterlagen), Angelegenheiten der Besitz- und Verkehrssteuer (Verkehrssteuer, Kirchensteuer, Steuerberatung, internationales Steuerrecht, Bewertung, Grundsteuer, Einkommensteuer, steuerliche Förderungsmaßnahmen, Automation der Steuerverwaltung), Finanzbeziehungen zu den Ländern und Gemeinden, Forderungen der ehemaligen DDR, Liegenschaftsangelegenheiten im Bereich der OFDen Chemnitz und Erfurt, Liegenschaftsangelegenheiten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt und dem Abzug der Westgruppe der Truppe (Artikel 8 Aufenthalts- und Abzugsvertrag), Bundesforstverwaltung (Schwerpunkt Beitrittsgebiet), Abwicklung der DDR-Auslandsforderungen und Verbindlichkeiten, DDR-Altschulden im Rahmen des Kreditabwicklungsfonds, Treuhandanstalt (einzelne Bereiche), spezielle währungs- und finanzpolitische Fragen des Handels mit den osteuropäischen Ländern

Bundesministerium für Wirtschaft (BMWi)

Leitungsstab „Neue Bundesländer“

L-D 1:	Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den neuen Bundesländern
L-D 2:	Wirtschaftsordnung und -politik
L-D 3:	Mittelstandspolitische Fragen
L-D 4:	Spezielle Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung
L-DR:	Rechts- und Verfahrensfragen
L-D/THA:	Beauftragter für die Treuhandanstalt
L-D/THA 1:	Einzelfälle der Treuhandanstaltunternehmen
L-D/THA 2:	Angelegenheiten der Treuhandanstalt

Sonstige Arbeitseinheiten

Referat III B 5:	Arbeitsgruppe Wismut: Uranbergbausanierung
Referat V C 7:	Überleitungsmaßnahmen

Arbeitsgruppe Beihilfekontrolle neue Bundesländer

Außenstelle Berlin (ASB)

Arbeitsgruppe Neue Länder

- Referat EG/1: EG-Koordinierung, Zusammenarbeit mit den neuen Ländern, Koordinierung EG-Strukturfonds für das Beitrittsgebiet
- Referat EG/2: EG-Binnenmarktfragen im Beitrittsgebiet, EG-Information
- Referat I/1: Regionalförderung im Beitrittsgebiet, Spezielle Fragen der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik im Beitrittsgebiet
- Referat I/3: Quantitative Bereichsanalysen im Beitrittsgebiet
- Referat I/4: Anwendung des Vergabe- und Preisrechts bei öffentlichen Aufträgen im Beitrittsgebiet
- Referat I/5: Ordnungspolitische Fragen der Privatisierung im Beitrittsgebiet
- Referat II/1: Mittelstandspolitische Fragen im Beitrittsgebiet
- Referat II/2: Berufliche Bildung und Qualifizierung im Beitrittsgebiet
- Referat II/3: Fremdenverkehrswirtschaft im Beitrittsgebiet
- Referat II/4: Gewerbeförderung im Beitrittsgebiet
- Referat II/5: Spezielle Fragen des Handels im Beitrittsgebiet; Vermittlungsstelle zur Verbesserung der Absatzchancen von Ostprodukten
- Referat III/1: Energiepolitische Fragen im Beitrittsgebiet: Bergverwaltung, Braunkohlenbergbau, Energieeinsparung; Erneuerbare Energien, Prognosen, Statistik, Preisanpassung
- Referat III/2: Energiepolitische Fragen: Energierecht, Versorgungswirtschaft, Mineralische Rohstoffe, Kernenergie, Öl- und Gaswirtschaft
- Referat IV/1: Industriepolitische Fragen im Beitrittsgebiet, Informations- und Kommunikationstechnik, Elektro-, Luft- und Raumfahrtindustrie, Bauwirtschaft
- Referat IV/2: Industriepolitische Fragen im Beitrittsgebiet: Verbrauchsgüterwirtschaft, Eisen und Stahl
- Referat V/1: Allgemeine Außenwirtschaftsfragen im Beitrittsgebiet: Allgemeine Fragen der Außenwirtschaftsförderung, Multilaterale Beziehungen
- Referat V/2: Bilaterale Außenwirtschaftsfragen des Beitrittsgebietes, Handel mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, RGW-Abwick-

lung; Handel mit sonstigen europäischen Ländern, Jugoslawien-Nachfolgestaaten, Handel mit Entwicklungsländern, Abwicklung von Finanzbeziehungen

- ZfA/ASB: Zentrum für Betreuung von Auslandsinvestitionen
- LF/ASB: Presse im Beitrittsgebiet
- LI/ASB: Öffentlichkeitsarbeit im Beitrittsgebiet
- AG WGS: Arbeitsgruppe Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte (WGS), Versorgung der WGS
- Referat ZV: Personal, Dienstreisen, Rechtsangelegenheiten
- Referat ZF: Organisationsangelegenheiten, Informationstechnik

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

- Projekteinheit 516: Besondere Rechtsangelegenheiten in den neuen Bundesländern, Treuhandangelegenheiten

Außenstelle Berlin

- Referat B 1: Verwaltung
- Referat B 2: Allgemeine agrarpolitische, ernährungswirtschaftliche und verbraucherpolitische Angelegenheiten in den neuen Bundesländern
- Referat B 3: Angelegenheiten der Produktion und des Marktes in den neuen Bundesländern
- Referat B 4: Besondere Struktur- und Gesellschaftspolitische Angelegenheiten des ländlichen Raumes in den neuen Bundesländern
- Referat B 5: Besondere Angelegenheiten der Wirtschaftsbeziehungen zu den Mittel-Osteuropäischen Staaten (MOE) und den Neuen Unabhängigen Staaten (NUS); forstliche Angelegenheiten in den neuen Bundesländern

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

- Referat IVb 1: Überleitung des Rentenrechts auf die neuen Bundesländer, Wiedergutmachung von SED-Unrecht in der Rentenversicherung
- Referat IVb 2: Überführung der Ansprüche und Anwartschaften der Zusatz- und Sonderversorgungssysteme der ehemaligen DDR in die gesetzliche Rentenversicherung
- Referat IVb 5: Rentenbearbeitungsdauer Ost, Organisation Rentenversicherung Ost, Nachversicherungs- und Versorgungsangelegenheiten früherer Beamter und Berufssoldaten

Außenstelle Berlin

Referat VIIla 1:	Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Arbeitsmarktförderprogramme
Referat VIIlb 1:	Verwaltung Abteilung VIII
Referat VIIlb 3:	Arbeitsrecht/Arbeitsschutz
Referat VIIlb 4:	Renten- und Unfallversicherung
Referat VIIlb 5:	Modellvorhaben Pflegeversicherung
Referat VIIlb 6:	Kriegsopferversorgung
Referat VIIlb 7:	Sozial-/Strukturfonds EG

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg)

Außenstelle BMVg (in Strausberg)

Referat 1:	Zentrale Angelegenheiten einschl. Personal (ziv.), Steuerung, Aufbau der Wehrverwaltung, Abwicklung des Ministeriums für Abrüstung und Verteidigung
Referat 4:	Rechtsangelegenheiten
Referat 6:	Unterkunfts- und Liegenschaftswesen
Referat 7:	Sozialangelegenheiten
Referat 7a:	Umweltschutz in den neuen Bundesländern
Referat 8:	Verwertung von Wehrmaterial, Rüstungsangelegenheiten
Referat 9:	Koordinierung der militärischen Angelegenheiten der Aussonderung und Verwertung von Wehrmaterial der Kategorie III

Innerer Dienst

Bundesministerium für Familie und Senioren

Arbeitsgruppe 2a:	Freie Wohlfahrtspflege, Selbsthilfe
Arbeitsgruppe 2b:	Altenhilfe, Behindertenhilfe, Soforthilfeprogramm
Arbeitsgruppe 4:	Familienförderung
Arbeitsgruppe 5a:	Beratungsstellen
Arbeitsgruppe 5b:	Selbsthilfe zur Sanierung von Familienwohnungen

Dienstbereich Berlin (Außenstelle)

Bundesministerium für Frauen und Jugend

Referat 120:	Frauen in den neuen Bundesländern, Frauenforschung
Referat 217:	Jugendpolitik in den neuen Bundesländern

Bundesministerium für Gesundheit

Referat 113	Gesundheitspolitik in den neuen Bundesländern, Bund-Länder-Beziehungen
-------------	--

Außenstelle Berlin

Bundesministerium für Verkehr

- Referat BW 28: Gebietsaufgaben Ost
Referat Stb 28: Gebietsaufgaben Mecklenburg-Vorpom-
 mern, Brandenburg und Berlin
Referat Stb 29: Gebietsaufgaben Sachsen-Anhalt, Sachsen
 und Thüringen
Referat StB 30: Sonderbauprogramme im Straßenbau

Außenstelle Berlin

**Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und
Reaktorsicherheit**

- Referat G I 2: Ökologische Sanierung und Entwicklung in
 den neuen Ländern
Referat G I 5/M: Förderungsangelegenheiten, Sonderberei-
 che der Zusammenarbeit mit den neuen
 Ländern und mit der Treuhandanstalt
Referat WA III 4: Sanierung von Rüstungsaltslasten und mili-
 tärischen Altslasten
Referat RS II 7: Strahlenschutz im Uranbergbauggebiet

Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Organisationseinheiten in Bonn

- Referat W II 2: Kreditprogramm für Wohnungsmodernisie-
 rung, -erweiterung und -instandsetzung so-
 wie Energieeinsparungsmaßnahmen und
 Schaffung von Mietraum
Referat W III 2: Altschuldenproblematik
Referat RS II 4A: Bundeswettbewerbe im Wohnungs- und
 Städtebau, städtebaulicher Denkmalschutz
Referat B III 1: Grundsatzangelegenheiten des Ausbaus
 der Hauptstadt, Angelegenheiten des
 Staatssekretärarbeitsstabes Berlin/Bonn,
 Kooperationsausschuß Bund/Brandenburg,
 Angelegenheiten der Raumordnung Berlin/
 Brandenburg
Referat B III 2: Bauangelegenheiten Berlin im Bereich
 Spreebogen
Referat B III 4: Verwaltungsangelegenheiten in Berlin und
 Bonn, Vorbereitung und Durchführung von
 Entwicklungsmaßnahmen im Zusammen-
 hang mit der Unterbringung von Parlament
 und Regierung
Referat B III 6: Bauangelegenheiten in Berlin außerhalb
 des Bereichs Spreebogen, Bauangelegen-
 heiten der Verfassungsorgane und der
 obersten Bundesbehörden in Berlin, Ver-
 kehrsplanung in Berlin

Arbeitsstab zur Vorbereitung der Bundesbaugesellschaft
Berlin mbH

Geschäftsbereich mit den Fachbereichen

Berlin

- zentrale Aufgaben
- Wohnungswesen
- Raumordnung und Städtebau
- Bauwesen

und den zur eigenständigen Erledigung zugewiesenen Aufgaben:

Allgemeine Städtebauförderung in den neuen Ländern (städtebauliche Modellvorhaben, Forschungsangelegenheiten, städtebauliche Sonderprogramme)

Wohnungsfürsorge des Bundes in Berlin zur Vorbereitung des geplanten Umzugs von Parlament und Regierung

Bundesministerium für Forschung und Technologie

- Referat 323: Medizinische Forschung, insbesondere molekulare Medizin und Pharmakologie, Ernährungsforschung
- Referat 325: Biologische Forschung, insbesondere molekulare Biotechnologie, Neurobiologie, Kulturpflanzenforschung, Pflanzenbiochemie
- Referat 412: Basistechnologien der Informationstechnik, Höchstfrequenztechnik, Nachrichtentechnik, Displaytechnologien, Molekularelektronik
- Referat 415: Mikroelektronik, insbesondere Siliziumtechnologie, Halbleiterphysik, Kristallzüchtung
- Referat 422: Materialforschung, insbesondere Pulvermetallurgie und Keramik, Polymerforschung, Festkörper- und Werkstoffforschung, Hochtemperaturwerkstoffe
- Referat 423: Physikalische Technologien, chemische Forschung und Entwicklung
- Referat 426: Laserforschung, insbesondere nichtlineare Optik und Kurzeitspektrographie
- Referat 521: Klima- und Atmosphärenforschung, Troposphärenforschung, Klimafolgenforschung, Atmosphärenphysik, Umweltforschung
- Referat 522: Ökologische Forschung, u. a. Gewässerökologie, Bodenforschung, Arten- und Biotopschutz, Agrarökosysteme

Außenstelle Berlin

- Referat 126: Förderung von Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft in den neuen Ländern und Berlin
- Referat 217: Zusammenarbeit mit den neuen Ländern und Berlin, Koordinierung und Aufbau-

initiative für die Forschung in den Ländern Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen e. V.

Referat 527: Administrative Fragen Gesellschaft für Kernenergie für Schiffbau und Schifffahrt, Umweltforschungszentrum Leipzig/Halle; Einrichtungen der Umweltforschung

Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft

Außenstelle Berlin

Die neuen Länder betreffende Fachaufgaben, wie z. B. Neustrukturierung der Hochschullandschaft, Bildung von Fachhochschulen, Einführung und Aufbau des Berufsbildungssystems nach dem Berufsbildungsfördergesetz, Integration und Umstrukturierung der bisherigen Auslandsarbeit, Aufbau der Verwaltung für das Bundesausbildungsförderungsgesetz, werden als Arbeitsschwerpunkte in den vorhandenen Referaten wahrgenommen.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Referat III a 5: Information und Kommunikation neue Länder

Außenstelle Berlin

Darüber hinaus sind bei allen Bundesministerien weitere Arbeitseinheiten, denen überwiegend andere Aufgaben obliegen, ebenfalls mit Aufgaben befaßt, die die neuen Bundesländer einschließlich Berlin (Ost) betreffen.

2. Wie viele Planstellen welcher Besoldungsstufen stehen hierfür in Bonn und in Berlin zur Verfügung?

Die hierfür zur Verfügung stehenden Planstellen/Stellen ergeben sich aus nachstehender Tabelle:

	Bonn	Berlin	insgesamt
höherer Dienst	346	339	685
gehobener Dienst	222	430	652
mittlerer Dienst	116	506	622
einfacher Dienst	63	373	436
			2 395

3. Welche dieser Planstellen sind nach dem 9. November 1989/ 3. Oktober 1990 neu geschaffen worden (in Bonn/in Berlin)?

Die in Bonn bzw. Berlin neu geschaffenen Planstellen/Stellen ergeben sich aus nachstehender Tabelle:

	nach dem 9. November 1989		nach dem 3. Oktober 1990		insge- samt
	Bonn	Berlin	Bonn	Berlin	
höherer Dienst	156	41	239	234	670
gehobener Dienst	68	64	182	322	636
mittlerer Dienst	36	48	94	412	590
einfacher Dienst	5	12	36	245	298
					2 194

4. Wie stellt die Bundesregierung sicher, daß die Inhaber dieser Planstellen mit den Verhältnissen in den neuen Bundesländern aus eigener Anschauung vertraut gemacht werden?

Die Bundesregierung legt Wert darauf, daß sich die Inhaber dieser Planstellen sowohl durch systematische Einführungen in Fortbildungsveranstaltungen als auch durch Dienstreisen mit den Verhältnissen in den neuen Bundesländern vertraut machen. Dienstbesprechungen, die sich mit Angelegenheiten der wirtschaftlichen und sozialen Integration des Beitrittsgebiets befassen, finden in einer Vielzahl von Fällen in Berlin oder den neuen Ländern statt.

Viele Stelleninhaber kommen im übrigen aus dem Beitrittsgebiet. Sie sind insofern mit den Verhältnissen in den neuen Bundesländern aus eigener Anschauung seit langem vertraut.

5. Unterliegt ein Teil der neu geschaffenen ostdeutschen Planstellen in den Bundesministerien einer zeitlichen Befristung?

Ja. 322 der neu geschaffenen Planstellen/Stellen unterliegen einer zeitlichen Befristung.

6. Wie viele Inhaber dieser Planstellen hatten vor dem 9. November 1989 ihren Wohnsitz in der ehemaligen DDR einschließlich Berlin (Ost)?

Vor dem 9. November 1989 hatten 1 345 Inhaber dieser Planstellen/Stellen ihren Wohnsitz in der ehemaligen DDR einschließlich Berlin (Ost).

7. In welchem Umfang werden von den Inhabern dieser Planstellen Dienstreisen in die östlichen Bundesländer einschließlich Berlin (Ost) unternommen?

Dienstreisen in die neuen Bundesländer werden in großem Umfang unternommen. Ihr Anteil an der Gesamtzahl aller Inlandsdienstreisen liegt bei einigen Ressorts zwischen 30 und 40 Prozent. Da bei den Bundesministerien eine maschinelle Aus-

wertung nach dem Zielort und den in Betracht kommenden Arbeitseinheiten nicht vorgesehen ist, sind genauere Angaben nicht möglich.

8. Wie sieht die Bundesregierung die Rolle der Berliner Außenstellen der einzelnen Bundesministerien bei der Bearbeitung von Aufgaben, die primär die neuen Bundesländer einschließlich Berlin (Ost) betreffen?
9. Welche Zielvorstellung verfolgt die Bundesregierung in bezug auf die weitere Tätigkeit dieser Außenstellen?
In welchem Umfang werden derzeit von ihnen Abwicklungsaufgaben und Fachaufgaben wahrgenommen?
10. Welche Fachaufgaben könnten nach Ansicht der Bundesregierung bereits jetzt in Berlin wahrgenommen werden?
11. Welche zeitlichen Vorstellungen haben die einzelnen Bundesministerien hinsichtlich einer Verlagerung der entsprechenden Planstellen nach Berlin?
12. Welche provisorischen Möglichkeiten bestehen, trotz der gegenwärtig noch nicht zu verwirklichenden Um- und Neubauten Abteilungen einzelner Bundesministerien schon jetzt in Berlin arbeiten zu lassen, ohne deren Arbeitsfähigkeit zu beeinträchtigen.

Die Fragen 8 bis 12 werden wegen ihres sachlichen Zusammenhangs zusammengefaßt beantwortet:

Im Zuge der Herstellung der Einheit Deutschlands haben alle Ressorts in Berlin Außenstellen eingerichtet, die zunächst vorrangig Aufgaben im Zusammenhang mit dem Aufbau in den neuen Bundesländern wahrgenommen haben.

Nach dem Beschluß des Deutschen Bundestages zur Vollendung der Einheit Deutschlands vom 20. Juni 1991 und der Verabschiedung der Gesamtkonzeption der Bundesregierung zur Umsetzung dieses Beschlusses am 3. Juni 1992 sind von den Bundesressorts nachstehende „Grundsätze für die Fortführung und Ausgestaltung der Außenstellen“ am 7. September 1992 festgelegt worden:

„Im Zusammenhang mit der Herstellung der Einheit Deutschlands haben alle Bundesressorts in Berlin Außenstellen eingerichtet. Sie nehmen derzeit sowohl Fachaufgaben als auch Abwicklungsaufgaben wahr.

Mit dem Beschluß des Deutschen Bundestages zur Vollendung der Einheit Deutschlands vom 20. Juni 1991 und dem Beschluß des Bundeskabinetts vom 3. Juni 1992 haben Parlament und Regierung ihre Absicht bekundet, nach Schaffung der erforderlichen Voraussetzungen ihren Sitz in Berlin zu nehmen.

Die Aufrechterhaltung der Bundespräsenz in Berlin ist daher geboten.

- Die bisherigen Außenstellen der Bundesressorts werden weitergeführt.

Fachlich, administrativ und personalwirtschaftlich sind sie in die Strukturen der Ministerien eingegliedert.

- Die Wahrnehmung von Fachaufgaben in den Außenstellen in Berlin erfolgt unter ressortspezifischen Aspekten. Es kommen insbesondere Aufgaben in Betracht, die

- dem Aufbau der neuen Bundesländer dienen,
 - eine intensive Zusammenarbeit mit den Ressorts der neuen Bundesländer erfordern,
 - eine besondere Relevanz für das Beitrittsgebiet haben,
 - im Zusammenhang mit der Unterstützung der osteuropäischen Staaten stehen und
 - den Ausbau Berlins zur Hauptstadt Deutschlands betreffen.
- Bei den Bundesressorts, die nach den Beschlüssen der Bundesregierung vom 11. Dezember 1991 und vom 3. Juni 1992 als Kern von Politikbereichen in Bonn verbleiben, ist die Wahrnehmung von Fachaufgaben in Berlin unabhängig von der späteren Ausgestaltung des zweiten Dienstsitzes. Diese ist zu gegebener Zeit nach den organisatorischen Vorgaben der Gesamtkonzeption der Bundesregierung vom 3. Juni 1992 vorzunehmen.“

Die Verfahrensweise der Ressorts richtet sich an diesem Orientierungsrahmen aus. Soweit hierbei weitere Aufgabenzuweisungen sowie personelle Vorkehrungen sachadäquat erscheinen, werden diese vorgenommen. Dies gilt auch für Maßnahmen, die die Herstellung der Funktionsfähigkeit der Hauptstadt Berlin als Sitz von Parlament und Regierung sicherstellen sollen. Die Beschlußlage der Bundesregierung, wonach sie die Verlagerung von Regierungsfunktionen nach Berlin in zeitlicher Abstimmung mit der Verlagerung des Parlaments vornehmen wird, ist hierbei zu berücksichtigen.

13. In welchem Umfang werden ostdeutsche Fachkräfte bei der Besetzung der Planstellen in den nach Berlin verlagerten Bundesministerien berücksichtigt?

Auf der Grundlage der organisatorischen Festlegungen der Bundesregierung für ihre Verlagerung nach Berlin wird zu gegebener Zeit zu klären sein, wie dann konkrete freie Stellen zu besetzen sind.

Von der Bewerberlage und der Qualifikation wird es abhängen, in welchem Umfang Kräfte aus dem Beitrittsgebiet – schon im Hinblick auf die Bestimmung des Artikels 36 Abs. 1 Satz 1 GG – berücksichtigt werden können.

14. Erhalten ostdeutsche Bewerberinnen und Bewerber für die Planstellen einen Bonus gegenüber ihren westdeutschen Kolleginnen und Kollegen, da ihnen systembedingte Ausbildungsnachteile persönlich nicht zur Last gelegt werden können?

Die systembedingten Ausbildungsnachteile werden durch die Übergangsregelungen des Einigungsvertrages ausgeglichen. Nach Anlage I Kapitel XIX Sachgebiet A Abschnitt III Nr. 3 Buchstaben b und c können auch Bewerber, die nicht die nach den beamtenrechtlichen Bestimmungen erforderliche Ausbildung

besitzen, zu Beamten ernannt werden. Die Bundesakademie für öffentliche Verwaltung verwendet einen großen Teil ihrer Kapazitäten auf die Entwicklung und Durchführung spezieller Fortbildungsmaßnahmen im Rahmen der deutschen Einheit, um die berufliche Qualifizierung von Bediensteten aus dem Beitrittsgebiet für eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst zu erreichen.

15. Inwieweit werden Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der aufzulösenden Treuhandanstalt bei der Besetzung neuer Planstellen berücksichtigt?

Derzeit liegen aus dem Bereich der aufzulösenden Treuhandanstalt keine Bewerbungen vor. Entsprechende Bewerber würden im Rahmen der nachzubesetzenden Planstellen mit anderen Bewerbern gleichbehandelt.